

KAI GLEIßNER: DEUTSCHLAND IST EIN ORT DER CHANCEN UND DER VERANTWORTUNG.“

erschienen in der Volksstimme, veröffentlicht am 3. Januar 2014

[Deutschland](#), [Europa](#), [Gleißner](#)

Der CSU-Chef Horst Seehofer hat die Debatte um den möglichen Zuzug von bulgarischen und rumänischen EU-Bürgern nach Deutschland eröffnet. Unter dem Titel "Betrügt, der fliegt" wurden Ängste und Sorgen geschildert, die sich nicht auflösen lassen.

Zum 01.01.2014 sind die Übergangsregelungen ausgelaufen, die den EU-Mitbürgern den Zuzug nach Deutschland nun ermöglichen, sich frei ohne Beschränkungen zu bewegen.

„Die CSU hat sich verschiedene Sachlagen und Probleme. Man versteht das Getöse, dem Bürger einfache Lösungen vorzuziehen. Jeder eine Lösung noch ein Ansatz zur Lösung sind.“ sagt Kai Gleißner, FDP des Landes Sachsen-Anhalt Kai Gleißner.

Der CSU-Parteivorstand hat in den letzten Tagen eine Debatte um den möglichen Zuzug von bulgarischen und rumänischen EU-Bürgern nach Deutschland eröffnet. In der Debatte wurden auch die Begriffe „Wer betrügt, der fliegt“ und „Wer betrügt, der fliegt“ verwendet. Diese Begriffe werden genutzt, um Ängste und Sorgen der Bevölkerung zu schüren und zu helfen.

Zum 01.01.2014 sind viele Regelungen ausgelaufen, die den EU-Mitbürgern aus Bulgarien und Rumänien ermöglichen, sich frei ohne Beschränkungen in der EU zu bewegen.

„Die CSU vermischt hier absichtlich zwei verschiedene Probleme. Man versucht mit populistischem Getöse, die Probleme der Integration von EU-Bürgern vorzugaukeln, die aber weder eine Lösung für die Integration sind.“ sagt der Europakandidat der FDP des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Kai-Ingo Voigt.

Die Freizügigkeit von EU-Bürgern und die Probleme der Integration von EU-Bürgern und Flüchtlingspolitik sind unterschiedliche politische Aufgaben, die unterschiedlich angegangen werden müssen.

Es ist falsch, wenn man EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien einen Generalverdacht stellt. Wer diesen unterstellt, sie würden kommen, um den Sozialstaat Deutschland auszunutzen, schadet dem Vertrauen der Bürger in die Bürger Europas. Wer das tut, setzt so, dass man nicht nur Vorurteile gegenüber den EU-Bürgern (u.a. dringend benötigten Fachkräften, z.B. im Gesundheits- und Sozialbereich), sondern schafft auch weitere Vorurteile gegenüber den in Deutschland lebenden Menschen.

Ebenso ist es falsch, die Probleme der Integration von EU-Bürgern und Flüchtlingspolitik und die damit verbundenen Probleme der Integration mit einfach scheinenden Lösungsschlüssen wie Integration und Ausgrenzung zu beantworten und diese gleichzeitig mit der Freizügigkeit von EU-Bürgern. Natürlich wird die Politik Lösungen finden, um die Integration von EU-Bürgern von ausländischen EU-Bürgern sachgerechter und finanziell mit ausreichenden Mitteln (z.B. durch einen bundesweiten Fond) gestalten können. Auch die Regelungen für den Zuzug nach Deutschland, die den Zugang zu Sozialleistungen ausschließt. Die Bilder z.B. aus Bulgarien und Rumänien müssen aber Aufruf genug sein, um hier verantwortungsvoll

Lösungen erarbeitet werden.

„Grundsatz und Zielsetzung muss hier aber immer sein, dass Europa und insbesondere Deutschland ein Ort der Chancen und der Verantwortung versteht“, betont Kai Gleißner. Deutschland hat sich gerade auch durch das europäische Asylrecht mit erarbeiten können, in dem ein jeder seine Chancen hat, sich etwas aufzubauen. Zur Verantwortung dieser Freiheit gehört es auch, sich anderen Menschen diese Chance nicht nehmen. Die Verantwortung ist es umso mehr, diese Chancen durch geeignete Integration und ein modernes Asylrecht und durch eine einheitliche europäische Asylpolitik zu gestalten und erfolgreich zu erhöhen. Eine plakative Phrase, wie sie im bayerischen Kommunalwahlkampf geschuldet ist, hilft hier nicht.

Kontakt:

Kai Gleißner

Europakandidat der FDP Sachsen-Anhalt

FDP Kreisverband Magdeburg